

Am Problem vorbei

Soziale Wohnraumförderung. Die Mieten in Deutschland steigen und auf dem Wohnungsmarkt wird es eng, zumindest in den Städten. Nun will die Bundesbauministerin den sozialen Wohnungsbau wiederbeleben. Doch das ist keine gute Idee. 

Schon seit einigen Jahren wird es mancherorts immer schwieriger, eine Wohnung zu finden. In Berlin zum Beispiel sind die Mieten von 2010 bis 2015 um fast 22 Prozent gestiegen; etwas kleinere, aber durchaus kräf-

tige Preissprünge gab es auch in München, Hamburg, Köln und vielen anderen Großstädten. Daran wird sich kaum etwas ändern, denn schon heute ist klar: In Zukunft werden viele neue Wohnungen ge-

braucht – und zwar deutlich mehr, als man noch vor kurzem dachte, nicht zuletzt für die Flüchtlinge.

Die Bundesregierung will das Wohnungsangebot einerseits mit Sonderabschreibungen für Investoren ankurbeln und zudem den sozialen Wohnungsbau wiederbeleben (Kasten Seite 2). Mehr staatliche Förderung scheint auf den ersten Blick logisch, denn die Zahl der preisgebundenen Wohnungen ist zwischen 2002 und 2010 – neuere Daten gibt es nicht – von fast 2,5 auf knapp 1,7 Millionen gesunken.

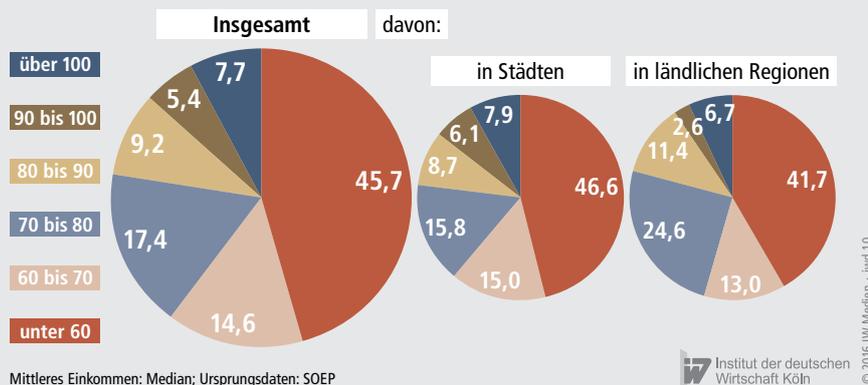
Diese Dezimierung hat auch damit zu tun, dass seit 2007 allein die Bundesländer für die soziale Wohnraumförderung zuständig sind, also für die Vergabe von vergünstigten Krediten oder Zuschüssen an Investoren. Dafür erhalten die Länder vom Bund zwar bis einschließlich 2019 etwa 518 Millionen Euro jährlich als Kompensation. Die Mittel werden jedoch ganz unterschiedlich verwendet: Nordrhein-Westfalen investiert viel Geld in den Neubau von Wohnungen, die ostdeutschen →

Viele Sozialwohnungen sind fehlbelegt

Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat, gilt als arm oder armutsgefährdet und kommt somit für eine Sozialwohnung infrage.

Im Jahr 2013 entfielen auf diese Einkommensgruppe jedoch nur 45,7 Prozent aller Sozialwohnungen in Deutschland – der Rest war an Haushalte vermietet, die mehr verdienten.

So viel Prozent der Sozialwohnungen waren im Jahr 2013 von Haushalten mit einem Einkommen von ... Prozent des mittleren Einkommens belegt



Inhalt

Ölpreis. Kraftstoffe haben sich seit 2014 weit weniger verbilligt als Rohöl. Schuld daran ist der hohe Steueranteil am Spritpreis.
Seite 3

Stahlindustrie. Die deutschen Stahlunternehmen stehen stark unter Druck – insbesondere durch die chinesische Konkurrenz.
Seite 4-5

Serbien. Vor dem Beitritt zur Europäischen Union muss Serbien unter anderem die Beziehungen zum Kosovo klären.
Seite 6

Meister-Bafög. Von den künftig höheren Förderleistungen profitieren vor allem Fortbildungsteilnehmer mit Kindern.
Seite 7

Flüchtlinge. Die Politik in Deutschland erwägt, die freie Wahl des Wohnorts auch für anerkannte Flüchtlinge zu beschränken.
Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
 Präsident:
 Arndt Günter Kirchoff
 Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Bundesländer aus nachvollziehbaren Gründen so gut wie nichts.

Nun soll der Bund seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau nach den Plänen von Bauministerin Barbara Hendricks auf mehr als 1 Milliarde Euro pro Jahr aufstocken, eventuell sogar auf 2 Milliarden Euro. Die Ministerin will auf diese Weise gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Es soll mehr gebaut werden – und Einkommensschwächere sollen an günstigere Wohnungen herankommen. Funktionieren wird aber weder das eine noch das andere.

Warum die Wohnraumförderung nicht mehr Wohnungen bringt: Es mangelt derzeit nicht an Kapital, was fehlt, ist vielmehr Bauland.

Obwohl die Immobiliennachfrage seit 2010 spürbar gestiegen ist, sind zum Beispiel in Berlin, Hamburg und München in dieser Zeit kaum mehr baureife Flächen verkauft worden. In der Hauptstadt ist der Verkauf von Bauland von 2013 auf 2014 sogar um ein Drittel zurückgegangen.

Das liegt vor allem daran, dass neue Bauflächen zu zögerlich ausgewiesen werden. Zugleich sind die Preise für Bauland 2014 kräftig gestiegen: in München um 18 Prozent gegenüber 2013 und in Hamburg um 10 Prozent. Wer nun noch mehr Geld in den Markt pumpt, ohne mehr Fläche zur Verfügung zu stellen,



INTERVIEW +++ INTERVIEW +++ INTERVIEW +++ INTERVIEW

Nachgefragt bei **Michael Voigtländer**, Leiter des Kompetenzfelds Finanz- und Immobilienmärkte am Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Herr Voigtländer, wie kommt Deutschland zu mehr günstigem Wohnraum?

Die Kommunen müssen mehr Bauland und möglichst auch neue Stadtviertel ausweisen. Dazu sind Investitionen in die Infrastruktur nötig, aber auch mehr Mitarbeiter in der Stadtplanung und in den Bauämtern. Außerdem muss privates baureifes Land mobilisiert werden. Derzeit ist es höchst attraktiv, mit dem Verkauf zu warten, weil die Baulandpreise so schnell steigen. Eine Steuer, die sich am Bodenwert bemisst und nicht wie die heutige Grundsteuer von der Nutzung abhängig ist, würde diesen Anreiz spürbar schmälern.

Das nützt den Einkommensschwächeren in den Städten aber noch nicht viel.

Um Bedürftige zu unterstützen, haben wir schon lange das Wohngeld. Darauf gibt es einen Rechtsanspruch – anders als auf Sozialwohnungen. Außerdem wird die Einkommenssituation streng geprüft und das Wohngeld wird auch wirklich nur so lange gezahlt, wie die Bedürftigkeitskriterien erfüllt sind. Und noch ein Vorteil: Die Einkommensschwächeren sind beim Wohngeld nicht auf die kleine Auswahl von Sozialwohnungen beschränkt, sondern können den gesamten Wohnungsmarkt nutzen.

wird vor allem eins bewirken: Die Baulandpreise steigen weiter.

Warum der soziale Wohnungsbau den Bedürftigen kaum hilft: Wer in Deutschland einmal in eine Sozialwohnung eingezogen ist, muss auch dann nicht ausziehen, wenn sich seine Einkommenssituation verbessert hat. Das führt zwangsläufig zu mehr und mehr Fehlbelegungen (Grafik Seite 1):

Im Jahr 2013 waren 54 Prozent der geförderten Wohnungen an Haushalte vermietet, deren Verdienst über der Armutrisikogrenze von 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt.

Für Alleinlebende zum Beispiel betrug diese Grenze 944 Euro netto

pro Monat. Insgesamt lagen 2013 in Deutschland 6,6 Millionen Haushalte unterhalb der Armutsschwelle. Damit reichen die Sozialwohnungen theoretisch für ein Viertel all jener, die als bedürftig gelten. Praktisch ist der Versorgungsgrad wegen der Fehlbelegungen noch geringer.

Was der soziale Wohnungsbau tatsächlich zu leisten vermag, ist, benachteiligten Gruppen überhaupt einen Zugang zu bezahlbaren Wohnungen zu verschaffen:

Immerhin 17 Prozent aller Sozialwohnungen sind von Haushalten mit Migrationshintergrund belegt, obwohl deren Anteil an allen Haushalten nur bei 9 Prozent liegt.

Relativ gute Chancen haben auch Großfamilien mit fünf oder sechs Kindern: Auf sie entfallen 6,6 Prozent der Sozialwohnungen – mehr als das Doppelte ihres Anteils an allen Haushalten.

Sozialer Wohnungsbau – was ist das?

Den Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln zu fördern, ist seit 1950 fester Bestandteil der deutschen Wohnungspolitik. Während sich die Förderkonditionen über die Jahre verändert haben, sind die Prinzipien des heute „soziale Wohnraumförderung“ genannten Konzepts im Wesentlichen gleich geblieben: Private und öffentliche Bauträger werden mit zinsvergünstigten Krediten und manchmal auch Zuschüssen unterstützt. Dafür dürfen sie eine bestimmte Miete nicht überschreiten und die Wohnungen nur an Haushalte vergeben, die einen Wohnberechtigungsschein vorweisen. Eine solche Bescheinigung erhält, wessen Einkommen unter einer – von Bundesland zu Bundesland verschiedenen – Grenze liegt. Die Belegungsbindung läuft in der Regel über 20 bis 25 Jahre, danach können die Wohnungen frei vermietet werden.



aus IW-Trends 1/2016

Michael Schier, Michael Voigtländer:
Soziale Wohnraumförderung auf dem Prüfstand
iwkoeln.de/wohnraumfoerderung

Der Staat als Spielverderber

Ölpreis. Seit 2014 ist der Ölpreis um etwa 70 Prozent gesunken. In dieser Zeit haben sich Kraftstoffe zwar ebenfalls verbilligt, aber bei weitem nicht so stark. Schuld daran ist der hohe Steueranteil. Aber auch die Preise für andere Produkte, zu deren Herstellung viel Rohöl verwendet wird, gehen nur leicht und langsam zurück.

Etwas mehr als 30 Dollar – so wenig kostete Ende Februar ein Barrel Rohöl der Sorte Brent an den Rohstoffmärkten. Vor zwei Jahren hatte der Ölpreis noch ungefähr 110 Dollar betragen.

Nun sollte man meinen, dass auch die aus Öl hergestellten Kraftstoffe entsprechend billiger geworden sein müssten. Doch darauf haben die Autofahrer vergeblich gehofft:

Im Schnitt sind die Benzinpreise an den deutschen Tankstellen seit Januar 2014 nur um knapp 18 Prozent gesunken.

Ein Grund dafür ist, dass die Ölprodukte in Deutschland in Euro statt in Dollar bezahlt werden und der Euro gegenüber der amerikanischen Währung seit Anfang 2014 um etwa 20 Prozent abgewertet hat. Doch auch ohne diesen Effekt ist der Ölpreis noch um rund 50 Prozent gefallen.

Hauptverantwortlich für den deutlich geringeren Preiserückgang an den Zapfsäulen ist der Staat, der bei Kraftstoffen kräftig mitkassiert (Grafik):

Unabhängig vom Ölpreis müssen Autofahrer je Liter Benzin derzeit rund 65 Cent Mineralölsteuer zahlen, für einen Liter Diesel sind 47 Cent fällig – insgesamt machen Mineralöl-

Spritpreis: Am meisten kassiert der Fiskus

Wie sich der durchschnittliche Preis für Kraftstoffe in Deutschland zusammensetzt, in Cent je Liter im Januar 2016

Rohstoffpreis: Einkaufspreis in Rotterdam;
Deckungsbeitrag: Aufschlag der Mineralölfir-
men und Tankstellenbetreiber zur Deckung der Kosten
– zum Beispiel für Löhne und Transport –,
enthalten sind außerdem Gewinnanteile
Quellen: Mineralölwirtschaftsverband,
Statistisches Bundesamt

	Superbenzin	Diesel
Rohstoffpreis	268	219
Mineralölsteuer	655	470
Mehrwertsteuer	200	158
Deckungsbeitrag	127	143
Insgesamt	1250	991

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 10

und Mehrwertsteuer rund zwei Drittel der Kraftstoffpreise aus.

Nur ein Fünftel des Preises basiert auf den Einkaufskosten der Tankstellenbetreiber. Und mit 13 Cent je Liter Superbenzin mussten die Mineralölfir-
men und Tankstellenbetreiber zuletzt zum Beispiel die Lohn- und Transportkosten decken und noch einen Gewinn erzielen.

Aufgrund der hohen fixen Abgaben ist klar, dass der Spritpreis nur wenig Spielraum nach unten hat:

Selbst wenn der Ölpreis noch einmal um die Hälfte sinken würde, könnte der Preis für Superbenzin nicht unter 1 Euro je Liter fallen.

Dass die Autofahrer für Benzin und Diesel abwechselnd mal ein paar Cent mehr oder weniger zahlen müssen, zeigt, wie schnell der Markt dennoch auf Ölpreisänderungen reagiert. Das hat auch mit dem gestiegenen Wettbewerbsdruck durch Apps zu tun, mit denen sich Auto-

fahrer darüber informieren können, welche Tankstelle gerade die günstigste ist.

Der niedrigere Ölpreis hat sich aber auch bei anderen Gütern ausgewirkt, die auf der Basis von Rohöl hergestellt werden. Beispiel Kosmetik: Im Januar 2016 kosteten Haarshampoos im Schnitt 8 Prozent weniger als vor zwei Jahren.

Dieser Rückgang mag auf den ersten Blick im Verhältnis zum Ölpreiseinbruch gering erscheinen. Doch zum einen spielen auch bei solchen Produkten andere Faktoren für die Preisbildung eine größere Rolle als der Einkaufspreis für den Rohstoff Öl – zum Beispiel Arbeits- und Vertriebskosten. Zum anderen passen die Hersteller ihre Preise in der Regel nur dann an, wenn sie von einer dauerhaften Senkung der Rohstoffkosten ausgehen können – unter anderem weil Preisänderungen mit Kosten verbunden sind.

Die Hütte brennt

Stahlindustrie. Eisen- und Stahlerzeugung gilt zwar als „Old Industry“, doch für die nachgelagerten Branchen wie den Maschinenbau und die Autoindustrie ist der hochwertige Werkstoff essenziell. Allerdings steht die deutsche Stahlindustrie stark unter Druck: Vor allem chinesische Stahlhütten suchen wegen der Wachstumsschwäche im eigenen Land nach neuen Absatzmärkten.

Dass empörte Bauern in Brüssel demonstrieren, ist man gewohnt, aber Stahlarbeiter? Und dann auch noch zusammen mit ihren Bossen? Tatsächlich aber ist genau das geschehen, als Mitte Februar Malocher und Manager auf die Straße gingen, um von der EU-Kommission Schutzzölle gegen billigen Importstahl zu fordern.

Die Stahlindustrie steht unter Druck. Vor allem seit China aufgrund der nachlassenden Nachfrage im eigenen Land große Mengen an Stahl exportiert, fallen die Preise weltweit. Im vergangenen Jahr beliefen sich die europäischen Importe aus China auf 6,9 Millionen Tonnen, 2014 waren es noch 4,5 Millionen Tonnen. Zum Vergleich: Europa selbst produzierte im vergangenen Jahr knapp 170 Millionen Tonnen Rohstahl.

Hinzu kommt, dass China den Werkstoff extrem günstig verkauft: Für Stahl aus der Volksrepublik sind zuletzt Dumpingspannen von bis zu 60 Prozent nachgewiesen worden. Beide Faktoren haben dazu geführt, dass die Stahlpreise überall massiv gesunken sind:

Im Jahr 2015 gab es weltweit einen Preisrutsch um rund ein Drittel bei den wichtigsten Stahlsorten.

Auch die deutsche Stahlindustrie ist von dieser Entwicklung betroffen. So sank der Umsatz der Branche im Jahr 2014 um 3,4 Prozent auf rund 46 Milliarden Euro (Grafik). In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres ging es im selben Tempo weiter abwärts. Weil gleichzeitig auch die Einkaufspreise für Erz, Kohle und Schrott sanken, konnte dieser Verlust zwar kompensiert werden, nichtsdestotrotz nimmt der

Druck durch chinesischen Importstahl weiter zu.

Daran dürften auch die Brüsseler Reaktionen vergleichsweise wenig ändern: Zwar hat die EU-Kommission nach den Stahlarbeiterprotesten insgesamt 37 „Verteidigungsmaßnahmen“ ergriffen, darunter zahlreiche Strafzölle für Importstahl, doch für Stahl aus China betragen die Zollsätze nur zwischen 13,8 und 16 Prozent. Die USA zum Beispiel erheben auf chinesischen Stahl bis zu 265 Prozent Zoll.

Zusätzlichen Druck befürchtet die europäische Stahlindustrie durch die geplante Reform des Emissionsrechtshandels. In den nächsten Jahren sollen die Preise für CO₂-Verschmutzungszertifikate steigen, die Industrieunternehmen und Stromerzeuger in der EU für jede erzeugte Tonne Treibhausgas kaufen müssen. Aus Klimaschutzgründen ist dies nachvollziehbar, doch die Stahlindustrie ist ein Wirtschaftszweig, der etwa dreimal so energieintensiv arbeitet wie der Durchschnitt aller Industriebranchen.



Der Branche fällt es deshalb besonders schwer, Zusatzbelastungen in Form von Förderzuschlägen für erneuerbare Energien oder den europäischen Emissionshandel zu schultern. Auch deshalb haben die Metallerzeuger in Deutschland in den vergangenen 15 Jahren keine Neuinvestitionen getätigt, nicht einmal die Abschreibungen wurden wieder vollständig reinvestiert.

Verteuern sich die CO₂-Zertifikate wie geplant, müssten die deutschen Stahlfirmen laut Wirtschaftsvereinigung Stahl rund 1 Milliarde Euro mehr pro Jahr für den Kauf von Verschmutzungsrechten aufwenden.

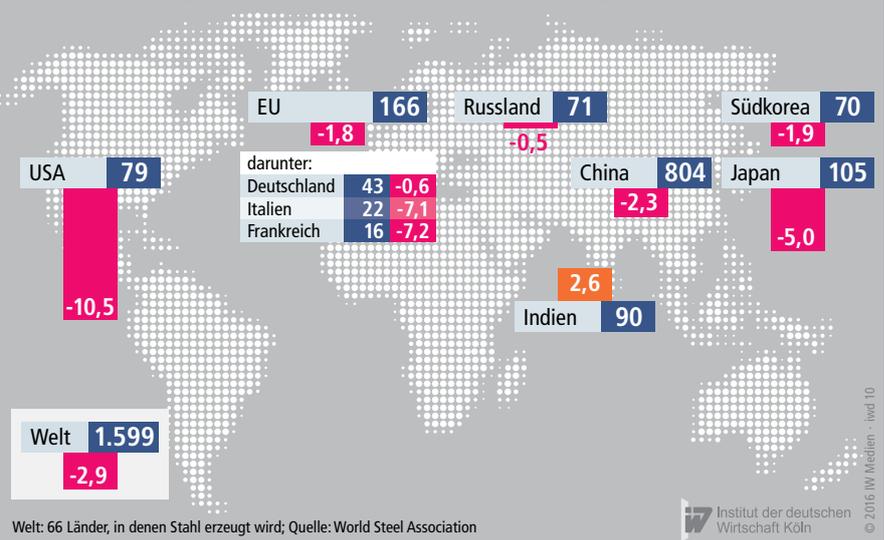
Je teurer die Emissionsrechte, desto höher der Ansporn für Investitionen in den Klimaschutz – diese Grundidee des Emissionshandels greift zudem in der deutschen Stahlindustrie nicht, weil ihre Herstellungsverfahren technologisch bereits soweit ausgereizt sind, dass durch neue Technik keine nennenswerten Emissionsreduktionen mehr zu erwarten sind.

Wenn aufgrund teurerer Zertifikate die europäische Stahlverhüttung unrentabel wird und Werke schließen müssten, hätte dies zudem einen klimapolitisch unerwünschten Effekt: Denn dann wird CO₂-arm hergestellter Stahl aus Europa durch Stahl aus veralteten chinesischen, indischen oder russischen Werken ersetzt, dessen Produktion die Umwelt weit stärker belastet.

Kein Wunder, dass die heimischen Stahlarbeiter weiterhin besorgt sind: Die nächste Demonstration soll Mitte April in Duisburg-Rheinhausen stattfinden.

Stahlindustrie international

Rohstahlerzeugung in Millionen Tonnen 2015 ■ Veränderung gegenüber 2014 in Prozent



Die deutsche Stahlindustrie

Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie ist immer noch ein Schwergewicht: Hier arbeiten – einschließlich der direkt nachgelagerten Bereiche wie der Röhren- und Bandstahlproduktion – mehr als 114.000 Beschäftigte in 285 Betrieben. In der Eisen- und Stahlverhüttung sowie der Elektrostaahlschmelze selbst sind rund 73.000 Mitarbeiter beschäftigt.

Zu den wichtigsten Kunden der Stahlindustrie zählen die Auto- und die Bauindustrie sowie der Maschinenbau. All diese Branchen sind auf eine sichere und hochwertige Versorgung mit Stahlerzeugnissen angewiesen.

Stahl lässt sich nicht im Kleinbetrieb erzeugen. Zwar gibt es einige wenige kleinere Hütten, die im Elektroofen aus Schrott neuen Qualitätsstahl schmelzen; in der Regel handelt es sich bei den Stahlunternehmen jedoch um Großbetriebe. Im Schnitt beschäftigt jeder Betrieb 400 Mitarbeiter.

Stahlindustrie international

Von den 1.600 Millionen Tonnen Rohstahl, die weltweit im Jahr 2015 hergestellt wurden, stammte rund die Hälfte aus China (Grafik). Zur Jahrtausendwende betrug der Anteil der Volksrepublik an der globalen Stahlherstellung noch 15 Prozent.

Aufgrund von Marktsättigung und chinesischen Exporten ist die Stahlproduktion im vergangenen Jahr in allen Ländern zurückgegangen, in den USA sogar um mehr als 10 Prozent. Lediglich Indien, das kaum Stahlimporte ins Land lässt, konnte seine Stahlerzeugung noch leicht ausbauen.

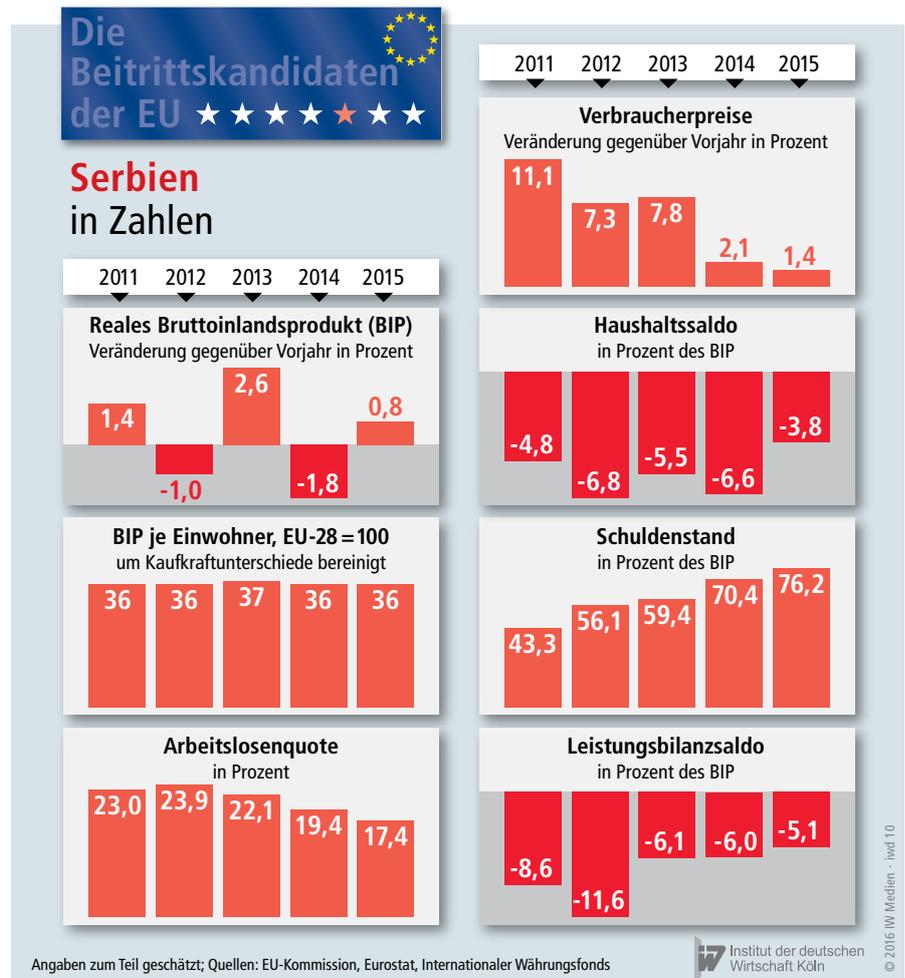
Noch viele Baustellen

Serbien. Vor dem Beitritt zur Europäischen Union muss Serbien noch einige Hindernisse aus dem Weg räumen – etwa die Probleme in den Beziehungen zum Kosovo. Verbessert hat sich dagegen insbesondere die Lage der Staatsfinanzen.

Von allen Balkanländern, die in die EU streben, ist Serbien mit mehr als sieben Millionen Einwohnern das größte – und anscheinend eines der ehrgeizigsten. Jedenfalls hat Ministerpräsident Aleksandar Vučić in einem Zeitungsinterview im März 2015 betont, Serbien wolle der 29. – und damit der nächste – Mitgliedsstaat der EU werden.

Wirklich begonnen haben die Beitrittsgespräche jedoch erst im Dezember vergangenen Jahres. Und eins der ersten Verhandlungskapitel birgt gleich Zündstoff. Darin geht es um die Beziehungen zum Kosovo, das von Serbien als Teil seines Staatsgebiets betrachtet wird – und das, obwohl sich das Kosovo 2008 von Serbien gelöst hat. Zwar einigten sich Belgrad und Pristina 2013 unter EU-Vermittlung auf eine Normalisierungsvereinbarung. Doch die Spannungen zwischen beiden Ländern bestehen nach wie vor.

Bei den Verhandlungen geht es aber auch um Wirtschaftsfragen. Die EU-Kommission attestiert Serbien derzeit einen „mittleren Vorbereitungsstand“, wenn es um den Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft und der für die Teilnahme am EU-Binnenmarkt erforderlichen Wettbewerbsfähigkeit geht. Lob gibt es vor allem für die Konsolidierung der Staatsfinanzen (Grafik):



Im Jahr 2015 betrug das Haushaltsdefizit nur noch 3,8 Prozent der Wirtschaftsleistung – fast 3 Prozentpunkte weniger als ein Jahr zuvor.

Eine solidere Finanzpolitik ist auch dringend nötig, haben die tiefroten Zahlen im Etat doch seit 2008 fast zu einer Verdreifachung der Staatsschulden geführt.

Die EU-Kommission spart allerdings nicht mit Kritik: So ist der privatwirtschaftliche Sektor in Serbien unterentwickelt, vor allem weil die Unternehmen sich nicht auf rechtsstaatliche Grundsätze verlassen können und Schwierigkeiten haben, ausreichend Finanzmittel zu bekommen.

Diese Einschätzung wird durch den Doing-Business-Index der Weltbank untermauert, der die Rahmenbedingungen zum Beispiel für Unternehmensgründungen analysiert.

Auf dieser Rangliste steht Serbien trotz einer jüngsten Verbesserung um neun Plätze lediglich auf Position 59 – zwischen Costa Rica und Griechenland.

Ferner bemängelt die EU-Kommission das ineffiziente Bildungssystem in Serbien, die unterentwickelte Infrastruktur und eine ausufernde Beihilfepolitik.

Noch schlechtere Zensuren gibt es für einige politische Beitrittskriterien – der Zustand des Justizwesens und die bisherigen Bemühungen um eine Eindämmung der Korruption werden von Brüssel auf der fünfteiligen Notenskala lediglich mit einer „vier“ bewertet. Dazu passt, dass Serbien auf dem Korruptionswahrnehmungsindex der Nichtregierungsorganisation Transparency International gerade mal Platz 71 von 168 Ländern belegt.

Gutes noch besser gemacht

Meister-Bafög. Mit der Novelle des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes werden die Förderleistungen ab August 2016 deutlich erhöht. Davon profitieren vor allem jene, die während ihrer Fortbildung Arbeit und Familie unter einen Hut bringen müssen.

Das sogenannte Meister-Bafög ist im Jahr 1996 eingeführt worden, um Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung eine Aufstiegsfortbildung zu ermöglichen.

Wer auf diesem Wege Meister, Fachwirt, Techniker, Erzieher oder Fachkrankenpfleger werden will, bekommt – unabhängig vom Alter – einen Beitrag zu den Kosten der Fortbildung und, wenn diese in Vollzeit durchgeführt wird, auch einen Zuschuss zum Lebensunterhalt.

Bislang ist das Meister-Bafög eine einzige Erfolgsgeschichte (Grafik):

Von 2001 bis 2014 hat sich die Zahl der geförderten Personen auf jährlich 172.000 mehr als verdreifacht.

Insgesamt sind seit dem Jahr 1996 rund 1,7 Millionen Menschen über das Meister-Bafög zu Führungskräften oder Ausbildern aufgestiegen oder haben sich selbstständig gemacht. Die Förderleistung summierte sich auf 6,9 Milliarden Euro. Ab August 2016 wird die Unterstützung noch einmal verbessert:

Der Kreis der Geförderten wird um Bachelor-Absolventen und Studienabbrecher erweitert.

Die Übernahme der Lehrgangskosten erhöht sich einkommens- und vermögensunabhängig von rund 10.000 auf 15.000 Euro; davon werden 30,5 Prozent als Zuschuss und der Rest als Darlehen gewährt.

Die Hilfen zum Lebensunterhalt steigen um rund 10 Prozent. Allein-stehende können künftig maximal 768 Euro pro Monat erhalten, Alleinerziehende 1.003 Euro, Verheiratete mit einem Kind 1.238 Euro und mit zwei Kindern 1.465 Euro.

Zudem steigt der Anteil des Zuschusses an den Hilfen von 30,5 auf 50 Prozent, sodass der Darlehensanteil entsprechend sinkt.

Die Höhe dieser Förderung ist zwar vom jeweiligen Einkommen und Vermögen abhängig, allerdings steigen die Freibeträge beim Vermögen um fast 10.000 auf 45.000 Euro und beim Monatseinkommen von 255 auf 290 Euro.

Die Übernahme der Prüfungskosten oder des Meisterstücks erhöht sich von rund 1.500 auf maximal 2.000 Euro.

Der Kinderbetreuungszuschlag für Alleinerziehende steigt von 113 auf 130 Euro monatlich.

Insgesamt lassen sich Bund und Länder, die das Förderprogramm zu 78 beziehungsweise 22 Prozent finanzieren, die Verbesserungen in den kommenden vier Jahren zusätzliche 245 Millionen Euro kosten.

Mit der aufgestockten Förderung für Alleinerziehende und Menschen mit Familie hat der Gesetzgeber gute Chancen, bestimmte Hemmschwellen abzubauen: Der eine oder die andere war nämlich bislang vor einer Fortbildung zurückgeschreckt, weil damit eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und entsprechende finanzielle Einbußen verbunden gewesen wären.

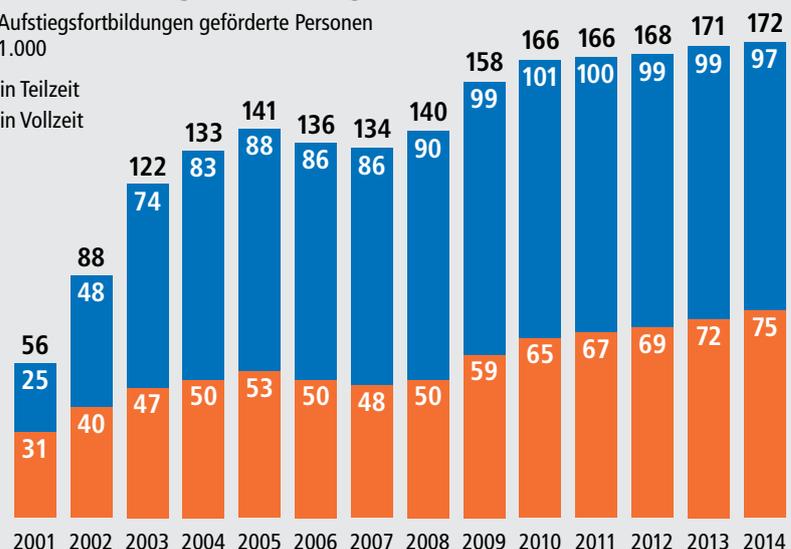
Auch die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf war oft genug der Grund, auf eine Aufstiegsfortbildung zu verzichten.

Wer die Abschlussprüfung besteht, bekommt noch ein Extra-Bonbon – ihm oder ihr werden 40 Prozent des Restdarlehens erlassen.

Meister-Bafög: Ein Erfolgsmodell

In Aufstiegsfortbildungen geförderte Personen in 1.000

■ in Teilzeit
■ in Vollzeit



Quelle: Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iw10

Argumente für eine Wohnortbeschränkung

Flüchtlinge. Angesichts der vielen Asylsuchenden in Deutschland überlegt die Politik, die freie Wahl des Wohnorts auch für anerkannte Flüchtlinge zu beschränken. So soll vermieden werden, dass es zu Ghettobildungen kommt und dass der Großteil der Integrationsarbeit von einzelnen Kommunen geleistet werden muss.

Zurzeit ist die Wohnortwahl innerhalb Deutschlands nur für Asylbewerber und Geduldete beschränkt. Sobald Flüchtlinge anerkannt sind und Asyl erhalten oder Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention bekommen, entfällt diese Auflage. Auch Sozialleistungen stehen diesen Personen dann zu.

Die meisten anerkannten Flüchtlinge zieht es in Städte, in denen bereits viele Landsleute von ihnen leben. Für diese Städte kommt es dann oft zu einer Doppelbelastung: Zum einen benötigen die meisten Flüchtlinge auch nach Abschluss

Arbeitsmarkt: Anerkannte Flüchtlinge haben es schwer

So viel Prozent der ausländischen Erwachsenen, die in Deutschland Asyl oder Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten haben, waren 2014 ...

	Afghanen	Iraker	Syrer	Afghanen, Eritreer, Iraker, Sri Lanker und Syrer
... erwerbstätig	29,1	38,9	24,7	36,5
– Vollzeit	45,7	52,9	36,7	51,3
– Teilzeit	21,7	19,4	20,8	18,4
– geringfügig	30,8	24,0	37,0	27,2
– nicht zuzuordnen	1,8	3,7	5,5	3,1
... in Ausbildung	16,3	6,0	6,9	9,0
... auf der Suche nach Arbeit/Ausbildung	20,7	21,5	26,4	23,0
... nicht erwerbstätig	19,9	26,0	27,8	21,9

Rest zu 100: keine verwertbaren Angaben sowie Sonstiges
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 10

ihres Verfahrens noch Unterstützung – insbesondere Sprachkurse, die maßgeblich von den Kommunen getragen werden. Zum anderen sind viele Flüchtlinge längerfristig auf Transfers wie Hartz IV oder Sozialhilfe angewiesen (Grafik):

Im Jahr 2014 war nur jeder vierte erwachsene anerkannte Flüchtling aus Syrien erwerbstätig.

Zum Vergleich: In der 20- bis 64-jährigen Gesamtbevölkerung waren fast 80 Prozent erwerbstätig. Zudem arbeiten von den anerkannten Flüchtlingen viele nur wenige Stunden in der Woche und sind deshalb weiterhin auf finanzielle Unterstützung durch die jeweilige Kommune angewiesen.

Um eine gerechtere Lastenverteilung auf die Kommunen zu gewähr-

leisten, könnten anerkannte Flüchtlinge analog zu der bis 2009 gültigen Wohnortzuweisung für Spätaussiedler über die Bundesrepublik verteilt werden. Diese Zuweisung vor allem anhand der Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft der Kreise galt nur für Empfänger von Sozialleistungen, nicht jedoch für Erwerbstätige, Auszubildende oder Studenten. Betroffenen Spätaussiedlern, die in eine andere als die ihnen zugewiesene Kommune zogen, konnten während der ersten drei Jahre in Deutschland Sozialleistungen gekürzt werden.

Dieses Vorgehen ist dem Bundesverfassungsgericht zufolge Grundgesetzkonform. Und laut Europäischem Gerichtshof können Wohnsitzauflagen für Migranten auch mit dem EU-Recht vereinbar sein.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische
Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.